



POSITIONEN

POS

18 | 2010

Hans-Gert Pöttering

Christliche Werte in
der europäischen
Politik

www.kas.de

ISBN 978-3-941904-91-0



Konrad
Adenauer
Stiftung

Rede des Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Präsident des Europäischen Parlaments a.D., Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, im Rahmen des „Domforum Regensburg“ am 15. Juli 2010 in der Kathedrale St. Peter, Regensburg

INHALT

5 | VORWORT

7 | CHRISTLICHE WERTE IN DER
EUROPÄISCHEN POLITIK
Hans-Gert Pöttering

26 | DER REDNER

27 | ANSPRECHPARTNER IN DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2010, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-941904-91-0

VORWORT

27 Mitgliedsstaaten; über 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger; eine über sechzigjährige Geschichte; von der Nordspitze Finnlands bis Kreta, vom Cabo da Roca bis zum Schwarzen Meer; der größte Binnenmarkt der Welt; 25 Mitgliedsstaaten, die untereinander auf Grenzkontrollen verzichten; 16 Mitgliedsstaaten, die über eine gemeinsame Währung verfügen – all das ist Europa. Und zugleich ist Europa mehr als all das – viel mehr als Wirtschaft und Politik, Diplomatie und Bürokratie, Verhandlungen und Verordnungen, mehr als Euro, Schengen und Verträge.

Was ist Europa? Europa ist die griechisch-römische Antike, ist das Judentum und Christentum, das Alte und das Neue Testament. Europa ist die Aufklärung, die englische *Magna Charta* und die Französische Revolution. Europa heißt Frieden! Europa heißt Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte. Europa heißt: Die Würde des Menschen ist unantastbar!

Jahrzehntelang, jahrhundertlang herrschten in Europa Unfrieden und Unfreiheit, herrschten Krieg, Zerstörung und Unterdrückung – die Würde unzähliger Menschen zählte wenig bis gar nichts. Heute sind die Achtung der von Gott gegebenen, unantastbaren Würde des Menschen, sind Freiheit und Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte jene Werte, auf denen die Europäische Union gründet.

Wir Christen sind uns der Bedeutung von Werten wohl bewusst; wir wissen um die Kraft der Ordnung, die sie uns bieten, und die Orientierung, die wir in dieser Ordnung finden können. Werte müssen gelebt werden – von jedem Einzelnen in seinem täglichen Leben, ebenso wie im gemeinsamen Leben aller Bürgerinnen und Bürger – in Deutschland wie auch in Europa. Sowohl in persönliche Tagesentschei-

dungen als auch in praktische politische Entscheidungen müssen Werte Eingang und Berücksichtigung finden. Dann, und nur dann ist die Europäische Union wahrlich eine Wertegemeinschaft!

Darüber, dass und warum christliche Werte in und für Europa von Bedeutung sind und wie sie in praktisches politisches Handeln zu übersetzen sind, über den Dialog der Kulturen und Religionen sowie den Grundwert der Solidarität, hat der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung und frühere Präsident des Europäischen Parlaments, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, am 15. Juli 2010 im Rahmen des „Domforum Regensburg“ gesprochen. „Christliche Werte in der europäischen Politik“ – die vorliegende Broschüre gibt seine Rede wieder.

Berlin, im November 2010



Michael Thielen

Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHRISTLICHE WERTE IN DER EUROPÄISCHEN POLITIK

Hans-Gert Pöttering

I.

Die ehrenvolle Einladung, vor Ihnen zu sprechen, erfüllt mich mit Dank und Freude. Sie reißen mich ein in eine Reihe bedeutsamer Persönlichkeiten, die seit 2005 im Rahmen des „Domforum Regensburg“ gesprochen haben. Sie haben diese unterdessen etablierte Institution mit Helmut Kohl, dem einzigen lebenden Ehrenbürger Europas, begonnen. Mit der Einladung an mich rücken Sie wieder die Perspektive Europas ins Zentrum. Das ist eine starke und gute Geste in einer Zeit, in der die Europaidee an Beliebtheit verloren zu haben scheint. Im Dom zu Regensburg kann man gar nicht anders als europäisch zu denken!

Mir ist wohl bewusst: Der Dom, in dem wir zusammenkommen, befindet sich im Bereich der Porta Praetoria, dem Nordtor des alten Römerkastells. Bonifatius, der mit Regensburg so stark verbundene „Apostel der Deutschen“, war englischer Europäer. Der heutige gotische Dom von Regensburg ist Ausdruck des Architekturstils, der mit seinen wie ein Gebet in den Himmel ragenden Türmen an vielen Orten in der Europäischen Union unsere Stadtbilder prägt.

In dieser Europäischen Union ist das Europäische Parlament heute in allen wichtigen Fragen der europäischen Politik neben dem Europäischen Rat und der Europäischen Kommission der dritte Pfeiler im Gefüge der Institutionen. Gemeinsam mit dem Ministerrat sind wir im Europäischen Parlament, dem ich seit seiner ersten Direktwahl 1979 ununterbrochen angehöre, Gesetzgeber.

Als ich 1979 für das Europäische Parlament kandidierte, aber auch in den Folgejahren, musste ich oft die Frage beantworten, warum ich nicht in die Landes- oder Bundespolitik gehen würde. Es gab eine Zeit, in der das durchaus möglich gewesen wäre, doch ich habe damals bereits geantwortet, dass ich fest davon überzeugt sei, dass sich das Europäische Parlament seine Zuständigkeiten nach und nach erarbeiten werde.

Als Präsident des Europäischen Parlaments habe ich das Gesetzgebungspaket zum Klimaschutz in der Europäischen Union unterzeichnet. Warum sage ich das? Ich sage das, weil es zeigt, welche Bedeutung das Europäische Parlament, aber auch die Europäische Union insgesamt mittlerweile erlangt haben. Wir sind weltweit Vorreiter beim Thema Klimaschutz. Natürlich können wir den Klimawandel nicht wirksam bekämpfen, ohne die anderen großen Mächte, wie die USA, China oder Indien zu überzeugen, aber bei dieser globalen Herausforderung hat die Europäische Union die Führung übernommen.

Auch an einem anderen Beispiel wird deutlich, wie wichtig es ist, dass die Europäische Union mit einer Stimme spricht. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Weltgemeinschaft zum Handeln gezwungen. Wir benötigen eine weltweite, wirksame Kontrolle von Banken und Finanzprodukten. Auch können wir es nicht hinnehmen, dass es in den USA drei Rating-Agenturen gibt, die praktisch nach Belieben die Kreditwürdigkeit ganzer Staaten bewerten, was extreme Reaktionen auf den Finanzmärkten zur Folge haben kann. Die Europäische Union muss hierzu ein Gegengewicht aufbauen und sich aus der Abhängigkeit der US-Rating-Agenturen befreien.

Wir haben im Vertrag von Lissabon das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft, das in Deutschland entwickelt und erfolgreich umgesetzt wurde, erstmals als europäische Wirtschaftsordnung verankert. Wir müssen wieder den Menschen in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen. Der Mensch darf nicht dem Markt, sondern der Markt muss den Menschen



Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. und Präsident des Europäischen Parlaments a.D.

Foto: © Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Fotograf: Harald Odehnal

dienen. Wir Europäer müssen versuchen, bei den G8- und G20-Gipfeln auch die Weltwirtschaft auf der Grundlage dieses Prinzips zu gestalten. Faktisch ist das Entscheidungssystem der Europäischen Union stark vom Konsensgedanken geprägt. Deswegen haben wir übrigens auch dort eine Stimme, wo es formal eher nach dem Primat des Rates aussieht – wie etwa in der Außen- und Sicherheitspolitik. Manchmal sind die Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union kompliziert. Aber wer wüsste besser als unsere gemeinsame katholische Kirche, was es bedeutet, immer wieder den Konsens zu suchen? Das kann kompliziert sein, aber wo es gelingt, stärkt es alle Beteiligten.

II.

Sie haben mich gebeten, über christliche Werte in der europäischen Politik mit Ihnen nachzudenken. Über den Wert der Werte ist viel gesagt, geschrieben und diskutiert worden. Gerade als Christen wissen wir, dass Werte gelebt werden sollen und dass sie gelebt werden müssen, um zu überzeugen. Das gilt für unser alltägliches persönliches Leben, es gilt für das gemeinsame Leben auf unserem Kontinent Europa. Werte geben uns eine Ordnung, an der wir uns orientieren können. Die Ordnung soll nicht einengen. Sie soll uns vielmehr helfen und uns frei machen für die Weite des Lebens.

Der große Theologe Romano Guardini hat es einmal so gesagt, wobei er statt „Werte“ den für uns vielleicht etwas altmodisch gewordenen Begriff „Tugend“ verwendet hat: „Eine echte Tugend bedeutet einen Durchblick durch die ganze Existenz des Menschen. In ihr wird ein ethischer Wert zur Dominante, welcher die lebendige Fülle der Persönlichkeit zusammenfasst.“ Das mag beim ersten Hinhören etwas theoretisch klingen. Aber das Wort von Romano Guardini trifft auf unser persönliches Wachstum ebenso zu wie auf die Frage, was in Europa wertvoll ist, ja: wertvoll sein kann. Denn wenn wir Europa als Wertegemeinschaft beschreiben wollen, spüren wir, dass wir tiefer graben müssen als es uns die täglichen Schlagzeilen vorgeben. Aber es ist auch richtig: In den Schlagzeilen des Tages muss der Anspruch sichtbar werden, dass und warum christliche Werte in Europa von Bedeutung sind.

Im Kern meines Verständnisses von Europa als Wertegemeinschaft steht der Mensch mit seiner unverwechselbaren Würde. Als Christen glauben wir, dass Gott uns diese unverwechselbare Würde verliehen hat. Mit unserem Leben hat er sie uns geschenkt. Wir können unsere Menschenwürde selber missachten oder erniedrigen. Menschenwürde kann durch das Verhalten anderer beschädigt werden. Aber die Menschenwürde kann keinem Menschen genommen werden. Deshalb muss es der oberste Maßstab der Politik sein, die Menschenwürde zu sichern und ihre Entfaltung zu ermöglichen.

Das war in Europa nicht immer so, wie wir alle wissen. Die Staaten und Völker Europas haben bedeutsame Lehren aus den schweren Katastrophen der europäischen Geschichte gezogen. Es soll nie wieder Krieg geben in Europa. Es soll nie wieder totalitäres Denken geben und schon gar nicht totalitäre Regime. Das Unheil, das der Nationalsozialismus, aber auch der Kommunismus über weite Teile Europas gebracht haben, muss uns stets eine Warnung sein. Wir wollen Frieden und Freiheit in Europa sichern, gerade weil wir erlebt haben, wie schlimm es für die Menschenwürde vieler Einzelner wird, wenn Unfrieden und Unfreiheit herrschen. Am Ende hatte auch das Ansehen Europas vor der Weltgemeinschaft schweren Schaden erlitten.

Weil wir die Menschenwürde ins Zentrum Europas gerückt haben, müssen wir konsequent und geradlinig darauf achten, dass Europa ein Hort des Einsatzes für die Menschenwürde ist und immer bleibt:

- Deshalb müssen wir für Demokratie und Freiheit in Weißrussland eintreten, wo das letzte autoritäre Regime im heutigen Europa besteht. In Minsk ließ Präsident Alexander Lukaschenko die geisteswissenschaftliche Universität schließen, worauf die Studenten im benachbarten Litauen, in Vilnius, eine neue Heimat fanden. Als Präsident des Europäischen Parlaments habe ich die Exil-Universität besucht. Es war ein sehr eindrucksvolles Erlebnis. Zum Abschied richteten die Studierenden an uns Europäer den Appell: „Bitte vergesst uns nicht!“

Ich habe als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung meine erste Auslandsreise ganz bewusst nach Weißrussland gemacht. Es gibt dort verschiedene demokratische Kräfte, die unsere Unterstützung dringend benötigen. So hat die Stiftung beispielsweise vor wenigen Wochen einige vielversprechende weißrussische Nachwuchspolitiker zu einem Seminar nach Berlin eingeladen.

- Deshalb müssen wir das Leben in allen seinen Phasen schützen und dürfen medizinischen Fortschritt nicht zum Selbstzweck werden lassen.
- Deshalb müssen wir die Schöpfung bewahren, damit auch die nächsten Generationen eine lebenswerte Umwelt und genügend natürliche Ressourcen und Energie vorfinden.
- Deshalb müssen wir Minderheiten achten und im respektvollen Umgang zwischen allen Völkern, Gruppen und Menschen zeigen, dass das Leben in Europa wertvoll für alle ist.
- Deshalb müssen wir uns einsetzen für Menschenrechte in aller Welt, auch in Tibet, und deshalb darf uns die Zukunft Afrikas nicht unberührt lassen.

III.

Europa ist wertvoll nur dann, wenn wir die großen Tugenden der christlichen Ethik immer wieder in praktisches politisches Handeln übersetzen. Der bereits von mir erwähnte Theologe Romano Guardini hat uns schon vor Jahrzehnten in seinem Buch *Tugenden. Meditationen über Gestalten sittlichen Lebens*, das 1967 in Würzburg erschienen ist, über wichtige Verhaltensweisen aufgeklärt, die unser Leben zeitlos wertvoll und würdevoll machen.

voll machen. Ich habe noch einmal in dieses Buch hineingelesen und möchte seine Tugend-Liste einfach einmal nennen. Sie besteht aus 17 Begriffen: Wahrhaftigkeit, Annahme, Geduld, Gerechtigkeit, Ehrfurcht, Treue, Absichtslosigkeit, Askese, Mut, Güte, Verstehen, Höflichkeit, Dankbarkeit, Selbstlosigkeit, Sammlung, Schweigen, die Gerechtigkeit vor Gott. Sie werden fragen, was diese Tugenden mit der Europäischen Union zu tun haben. Ich möchte gerne versuchen, mit jeweils einem kurzen eigenen Gedanken zu jeder der von Romano Guardini genannten Tugenden den Bogen zum heutigen Auftrag an eine christlich inspirierte Politik in Europa zu schlagen:

Wahrhaftigkeit

Erst die ehrliche Auseinandersetzung mit den Ursachen und der Schuld an den beiden verheerenden Kriegen des 20. Jahrhunderts hat Europa zu einem Neubeginn befreit. Erst die ehrliche Ablehnung jeder Art von Diktatur hat Europa dazu befreit, zu einer wahrhaftigen Ordnung der Freiheit zu finden, von der seit der Antike immer wieder geträumt worden ist. In Deutschland hat die Aufarbeitung der eigenen Geschichte einen hohen Stellenwert. Anders sieht es da in Russland und den ehemaligen Sowjetstaaten aus, wo bis heute der Stalinismus und seine furchtbaren Folgen beschönigt oder ausgeblendet werden. Das ist ein großes Versäumnis, denn nur wer weiß, woher er kommt, kann auch beurteilen, wo er steht und entscheiden, wohin er gehen möchte.

Annahme

Erst wenn wir uns annehmen, so wie wir sind, können wir mit uns selber im Reinen leben und unsere Mitmenschen achten. Deshalb ist es für Europa immer wichtig, dass wir alle Völker unseres Kontinents achten und keinen Unterschied zwischen kleinen und großen Staaten in Europa machen. Wir haben in Europa gelernt, dass die Vielfalt unseres Kontinents unsere eigentliche Stärke ist und die Qualität des Lebens in Europa auszeichnet. Diese Vielfalt an Kulturen, Sprachen und Lebensweisen wollen wir auch in Zukunft schützen und bewahren.

Geduld

Rom ist nicht in einem Tag gebaut worden und die Einigung Europas wird es auch nicht. Seitdem ich 1979 zum ersten Mal in das Europäische Parlament gewählt worden bin, hat Europa sich auf fast wundersame Weise entwickelt. Geduld war der richtige Kompass, damit schließlich die Einheit Europas in Freiheit möglich werden konnte. Zur Geduld gehört auch Leidenschaft und die Weisheit, wann man geduldig und wann man leidenschaftlich sein muss. Als der Verfassungsvertrag an den beiden Referenden in Frankreich und den Niederlanden scheiterte, haben viele führende Persönlichkeiten das Projekt bereits aufgegeben. Doch mit Geduld und Leidenschaft haben wir erreicht, dass mit dem Vertrag von Lissabon heute das Europäische Parlament als Stimme der Völker Europas in allen wichtigen Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Union gleichberechtigt mitentscheidet.

Gerechtigkeit

Europa kann nur so stark in der Welt der Globalisierung sein, wie wir im Innern der Europäischen Union Sinn für Gerechtigkeit haben. Europas Fortschritt an einer Stelle darf nicht auf Kosten der Würde von Menschen an anderer Stelle gehen. Wir wollen Arbeit für alle und Wohlstand für alle, damit unsere Europäische Union sich in den Chancen, aber auch in den Problemen der Globalisierung bewährt.

Ehrfurcht

Die Umwelt haben wir zu unserem persönlichen Leben sozusagen dazu-geschenkt bekommen. Umweltschutz, Klimaschutz und eine Energiepolitik, die die Sparsamkeit im Umgang mit den natürlichen Ressourcen mit der Sicherung der Energieversorgung aller Gesellschaften Europas verbindet, sind deshalb ein so wichtiges politisches Programm, weil sich darin unsere Ehrfurcht vor der Schöpfung ausdrückt.

Treue

In früheren Zeiten galt in der europäischen Politik das Prinzip der Stärke. Heute gilt das gemeinsame Recht, das die Schwachen schützt und alle europäischen Staaten miteinander bindet. Auf den Punkt gebracht bedeutet dies: „Das Recht hat die Macht und nicht die Macht hat das Recht.“

Das europäische Recht über Landesgrenzen und unterschiedliche nationale Interessen hinweg anzuerkennen bedeutet, treuer und verlässlicher Partner der anderen EU-Mitgliedsstaaten und ihren Gesellschaften zu sein. Das ist der ursprüngliche Sinn des Wortes „föderal“: Im alten Rom hieß es „foedus“ und meinte „Bundesgenosse“ im Sinne wechselseitiger Loyalität. Heute erkennen wir, dass das europäische Recht auch dann bindend für ein Land ist, auch für unser eigenes, wenn es uns einmal nicht gerade passt, was für alle in der Europäischen Union beschlossen worden ist. Auch in Bayern oder in Deutschland werden Entscheidungen getroffen, die nicht immer richtig sind. Dies wird zu Recht kritisiert, es käme aber niemand auf die Idee, Bayern oder die Bundesrepublik Deutschland als Ganzes in Frage zu stellen. Genauso darf auch Kritik an Entscheidungen auf europäischer Ebene nicht dazu führen, die ganze Europäische Union in Frage zu stellen. Denn, wie es in der „Berliner Erklärung“, die ich als Parlamentspräsident zusammen mit der EU-Ratsvorsitzenden, Bundeskanzlerin Angela Merkel, und dem Präsidenten der EU-Kommission, José Manuel Durão Barroso, am 25. März 2007 anlässlich des 50jährigen Bestehens der Europäischen Union unterzeichnen durfte, so schön formuliert wurde: „Wir sind zu unserem Glück vereint!“

Absichtslosigkeit

Die Europäische Union tritt der Welt heute in Partnerschaft gegenüber. Dies ist verbunden mit legitimen eigenen Interessen und dem Eintreten für unsere Werte. Wenn wir uns für Menschenrechte im Sudan oder für eine friedliche und gerechte Lösung des Nahost-Konflikts einsetzen, so tun wir dies im Namen unserer Werte und Überzeugungen. Wir tun es ausdrücklich nicht, weil wir die Absicht verfolgen würden, irgendeine Weltregion dominieren zu wollen. Europa ist heute gerade deshalb in aller Welt geachtet, weil unsere Erfahrungen in der Europäischen Union mit der friedlichen Konfliktbeilegung und dem Ausgleich verschiedener Interessen auch attraktiv für andere Weltregionen geworden sind. Ausgangspunkt ist dabei immer die Würde des Menschen. Im Nahen Osten müssen beide Seiten akzeptieren, dass die Würde eines Palästinensers die gleiche ist, wie die Würde eines Israelis und umgekehrt. Auch zwischen Deutschland und Frankreich war es möglich, den Konflikt zweier Erzfeinde friedlich beizulegen. Grundlage war der am 9. Mai 1950 verkündete Schuman-Plan, benannt nach dem damaligen französischen Außenminister. Der Schuman-Plan sah vor, durch die Zusammenlegung der kriegswichtigen Industrien einen Krieg praktisch unmöglich zu

machen. Außerdem zeigten die damaligen Politiker, wie Alcide De Gasperi, Paul-Henri Spaak und vor allem Charles de Gaulle und Konrad Adenauer den notwendigen Mut, den Weitblick und den Willen, sich die Hand zur Versöhnung zu reichen. Ich würde mir wünschen, dass dies als Vorbild für eine friedliche Beilegung des Nahost-Konflikts dienen kann, mit dem Ziel zweier Staaten: Israel in sicheren Grenzen und Palästina in sicheren Grenzen.

Askese

Aus der Geschichte der Friedlosigkeit in Europa können wir immer wieder lernen, dass wir uns zurücknehmen müssen, um Ausgleich mit anderen zu finden. Askese klingt sehr nach persönlichem Diät- und Sportprogramm. Aber auch für die Völker Europas ist es eine gesunde Erfahrung geworden, nicht immer maßlos die eigenen Interessen zu verfolgen und mit dem Kopf durch die Wand zu wollen. Zurückhaltung ist ein guter Leitfaden, um eigene Ziele mit den Interessen anderer zu versöhnen. Die Europäische Union hat beständig diese Aufgabe. Wo sie gelingt, ist Europa wertvoll, weil alle sich in diesem Europa wieder finden können.

Mut

Wir werden in Europa nur eine gute Zukunft haben, wenn uns der Mut zu Visionen nicht verlässt. Politik ist oft mühevoll und nüchtern. Realismus ist nötig, gar keine Frage. Aber wir brauchen immer wieder den Schwung, der aus Visionen und großen Zielen erwächst. Deshalb braucht die Europäische Union das Engagement vieler junger Menschen, die ihre Träume von einem Europa der Zukunft in das politische Leben einbringen. Ich las kürzlich das Buch von Stanisław Kardinal Dziwisz *Mein Leben mit dem Papst – Johannes Paul, wie er wirklich war*. Darin beschreibt der langjährige Privatsekretär noch einmal sehr eindrucksvoll die politische Dimension des Wirkens von Papst Johannes Paul II., dessen Bedeutung für den Europäischen Einigungsprozess gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die Worte „Fürchtet Euch nicht“, gerichtet an das polnische Volk, waren eine wichtige Ermutigung, weiterhin das Richtige zu tun. Schließlich führte die Gründung der „Solidarność“ und einer beispiellosen friedlichen Bewegung, ein Volk und einen halben Kontinent in die Freiheit. Diese Ermutigungen seitens der Kirche an die Politik, aber auch von der Politik an die Kirche wünschte ich mir in den letzten Jahren, aber auch für die Zukunft viel häufiger.

Güte

Romano Guardini verknüpfte die Tugend der Güte mit unserer Fähigkeit zum Mitleid. „Wehe der Güte“, so schrieb er, „wenn sie es zwar gut meint, aber schwach ist. Ihr kann es passieren, dass sie an ihrem eigenen Mitleiden zu Grunde geht.“ Deshalb sollten wir nie nachlassen in unseren Beiträgen zur Überwindung der Armut, des Hungers und des Elends in weiten Teilen der Welt. Es kommt nicht darauf an, dass wir stolz werden auf unsere Entwicklungshilfe; es kommt darauf an, dass wir uns überall und noch mehr als bisher engagieren, wo Menschen leiden. Mich persönlich bedrückt es, dass bei der Finanzkrise über Nacht 500 Milliarden Euro bereit gestellt werden konnten, wenn es aber um Hilfen für Afrika im Kampf gegen den Hunger und das Sterben der Kinder geht, diese Hilfen verwehrt bleiben.

Verstehen

Andere zu verstehen heißt noch nicht, alles zu akzeptieren, was sie bewegt. Es heißt aber, Respekt zu haben vor dem anderen mit seiner eigenen Würde. Deshalb engagiere ich mich so sehr für den Dialog der Kulturen, weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass ein intensiver und würdiger Dialog der Kulturen und Religionen die Basis für eine friedliche Zukunft unseres Kontinents und der Beziehungen Europas in alle Welt hinein ist. Dialog der Kulturen ist die weltweite Anwendung des Gedankens der Menschenwürde im Zeitalter der Globalisierung.

Höflichkeit

Nicht von ungefähr sagt ein Sprichwort „Der Ton macht die Musik“. Der Stil, mit dem wir in der Europäischen Union Politik machen, sagt viel aus über den Respekt der Menschen voreinander. Europa ist nur dann wertevoll, wenn der Umgang im Alltag, im Privatleben, im Beruf und auch in den Foren der Politik von Höflichkeit und gegenseitiger Achtung geprägt sind. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein und gewiss ist es keine europäische Besonderheit. Im Europäischen Parlament achte ich sehr darauf, dass die Regeln des respektvollen und höflichen Umgangs miteinander von allen eingehalten werden, gleichgültig welche Überzeugungen uns auch trennen. Daraus erwächst Vertrauen und damit kann man sehr viel erreichen. Ich erinnere mich, dass es 1990, anders als in vielen Hauptstädten Europas, im Europäischen Parlament eine breite Unterstüt-

zung für die Deutsche Wiedervereinigung gab. Grund dafür war die persönliche Erfahrung und das über Jahre durch die Zusammenarbeit gewachsene Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Mitgliedsländern in die deutschen Abgeordneten.

Dankbarkeit

Ich empfinde immer noch und immer wieder neu Dankbarkeit, wenn ich mit Menschen aus den früher östlich des Eisernen Vorhangs gelegenen Ländern zusammentreffe. Nie hätte ich mir vor zwanzig Jahren träumen lassen, wie selbstverständlich es ist, mit Polen, Esten, Ungarn, Letten, Tschechen, Rumänen, Slowaken, Bulgaren, Litauern und Slowenen in der gleichen Europäischen Union zusammen zu arbeiten, so wie es heute der Fall ist. Dankbarkeit ist in der Politik selten, aber Dankbarkeit für geschichtlichen Fortschritt sollten wir nicht vernachlässigen, denn solches Glück, wie wir es in der friedlichen und freiheitlichen Vereinigung Europas erfahren, ist selten genug in unserem Leben. Wenn wir „20 Jahre Deutsche Einheit“ feiern, ist das ein ganz besonderer Anlass und wir sollten uns von Herzen darüber freuen. Es war einer der bewegendsten Momente meiner Amtszeit als Präsident des Europäischen Parlaments, als ich am 21. Dezember 2007 in der Nähe von Zittau am Dreiländereck von Deutschland, Polen und Tschechien gemeinsam mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem polnischen und dem tschechischen Ministerpräsidenten Donald Tusk und Mirek Topolánek und den Präsidenten der Europäischen Institutionen, in einem symbolischen Akt die Grenzbarriere entfernte. Über Jahrhunderte führten Auseinandersetzungen zwischen Staaten dazu, dass Soldaten Grenzen überschritten, was für die Bevölkerung immer mit großem Leid verbunden war. Durch die Europäische Einigung haben die Grenzen zwischen den 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern Europas nun ihren trennenden Charakter verloren, und ich halte es für wichtig, dass wir uns dessen immer wieder voller Dankbarkeit erinnern.

Selbstlosigkeit

Solidarität mit den Armen in der Dritten Welt, aber auch mit allen vom Leben Benachteiligten unter uns ist eine politische Pflicht, die aus der christlichen Ethik der Nächstenliebe und der Selbstlosigkeit entstanden ist. Was in Krankenhäusern, Pflegeheimen und in der Hilfe für Behinderte geleistet wird, verdient unser aller Dank. Nicht weniger selbstlos sind die,

die sich um Kinder und Jugendliche kümmern, als Mütter in den Familien, als Lehrer und Erzieher. Politik muss die Chance zur mitmenschlichen Zuwendung und auch zum Ehrenamt fördern, sonst verkümmert unser gesellschaftliches Leben.

Sammlung

Als die Europäische Union nach den gescheiterten Volksabstimmungen zur Europäischen Verfassung 2005 in Frankreich und in den Niederlanden eine Denkpause ausgerufen hat, war dies keine leere Rhetorik und schon gar keine Pause vom Denken. An wichtigen Wegkreuzungen der Politik täten wir alle, die wir politisch tätig sind, gut daran, uns immer genug Zeit zur Sammlung, zum Nachdenken, zum besonnenen Studium aller Aspekte einer Angelegenheit zu nehmen. Der politische Betrieb muss immer wieder daran erinnert werden, dass Lautstärke und Schnelligkeit im Produzieren von Entscheidungen kein Wert an sich sind. Erst aus Konzentration und kluger Abwägung der verschiedensten Gesichtspunkte erwachsen gewissenhafte Entscheidungen. Wir Politiker dürfen uns nicht nur treiben und hetzen lassen, wenn uns manchmal vorgeworfen wird, politische Entscheidungsverfahren würden meistens zu lange dauern. Zur politischen Führung gehört auch die Kraft zum Bohren dicker Bretter.

Schweigen

Zur Politik gehört aber auch das Schweigen und Zuhören. Politiker sind nicht deshalb gewählt, um den Menschen nach dem Munde zu reden. Sie sind aber auch nicht gewählt, um ohne Punkt und Komma zu jedem nur denkbaren Thema Stellung zu nehmen. Die meisten Materien der Politik sind kompliziert und erfordern Sachkenntnis. Die müssen wir Politiker uns aneignen, indem wir zuhören, mit den Menschen reden und immer wieder Innehalten.

Die Gerechtigkeit vor Gott

Als Christen wollen wir, dass unser irdisches Tun vor Gott bestehen kann. Er setzt die letzten Maßstäbe, um zu beurteilen, ob das, was wir tun, recht ist und vor seiner Gerechtigkeit bestehen kann. Für Europa und die Politik in Europa heißt dies, dass wir stets anerkennen müssen, nur von vorletzten Dingen zu handeln. Selbstbeschränkung und, ja ich sage es, Demut, müssen uns leiten, wenn wir Europa wertevoll weiterentwickeln wollen. Dann können wir getrost Gott das letzte Urteil überlassen.

Dies sind einige der Gedanken, die mir durch den Kopf gehen, wenn ich davon spreche, dass Europa in erster Linie eine Wertegemeinschaft ist. Mancher empfindet das Wort als eine hohle Phrase, ich weiß es. Jeder hat im Einzelfall andere Prioritäten und Anliegen, die sie oder er mit dem Begriff der Wertegemeinschaft verbindet. Aber ich bin überzeugt: Wir sind doch geeint in der Überzeugung, dass Europa mehr ist als Diplomatie und Wirtschaft, als technische Entscheidungen und taktisches Kalkül.

IV.

Wir sprechen in Europa immer wieder gerne vom christlich-jüdischen Erbe, wenn wir nach den Wurzeln unserer Werte fragen. Tatsächlich haben das jüdische und das christliche Erbe in Europa ihre tiefsten Spuren hinterlassen, in religiöser, in kultureller und in politischer Hinsicht. Die Werte, von denen in der politischen Kultur Europas heute gesprochen wird – vor allem die Menschenwürde – sind nicht zu erklären, ohne das jüdisch-christliche Erbe. Dabei weiß ich sehr wohl den großen Beitrag des Islam etwa in Andalusien während der Zeit des Kalifats von Córdoba zu würdigen. Die Wahrhaftigkeit gebietet es, die Beiträge der drei großen Weltreligionen und Kulturen so zu beschreiben, wie sie zum historischen Kern der europäischen Identität beigetragen haben. Immer wieder haben christliche Extreme zu Unrecht und Leid geführt, unter Christen, gegenüber Juden und Muslimen. Am schlimmsten waren die furchtbaren Verbrechen an den Juden im Holocaust. Die politisch gewollte und industriell organisierte Tötung eines ganzen Volkes ist beispiellos in der Geschichte. Deshalb sind wir in Europa dankbar, dass es wieder jüdisches Leben an vielen der Orte gibt, in denen dieses in der Zeit der nationalsozialistischen Raserei erstickt worden war. Zugleich leben wir heute in einem Europa, in dem Muslime die zweitgrößte Religionsgemeinschaft nach den Christen bilden. In vielen Städten gibt es mittlerweile eine oder mehrere Moscheen.

Ich sage es ausdrücklich und gerade hier in diesem so würdigen Gotteshaus meiner eigenen katholischen Kirche: Wir alle müssen immer wieder neu das friedliche Zusammenleben von Christen, Muslimen und Juden in Europa fördern. Ich persönlich fühle mich in ganz besonderer Weise dem friedlichen Dialog der Kulturen und Religionen verpflichtet. Ich lehne es ab, vom Krieg der Kulturen zu sprechen, weder in Europa noch im Nahen Osten oder sonst irgendwo auf der Welt. Zumeist sind die Ursachen der Konflikte unserer Zeit komplexer Natur. Nicht selten wird dabei leider auch die Religion für politische Zwecke missbraucht. Häufig gibt es so-

ziale Spannungen, die sich immer mehr aufbauen und mit religiösen Themen vermischen. Das alles ist wahr. Viele gute Analysen gibt es über das Wesen von Konflikten. Aber es gibt viel zu wenige Analysen über das Wesen der Konfliktüberwindung.

Wir in Europa wollen den ehrlichen, aufrichtigen und offenen Dialog mit dem Islam. Dazu gehört, dass wir die Fragen, die den Menschen Angst machen und die von Extremisten missbraucht werden, tabufrei ansprechen. Ich nenne das Verhältnis zur Gewalt in der Politik. Ich nenne das Recht auf Religionsfreiheit und das Recht, seine Religion zu wechseln, ohne irgendwelchem Druck ausgesetzt zu sein. Wir in Europa haben vielleicht nicht immer ein sehr genaues Verständnis von der starken gesellschaftlichen Rolle islamischer Bewegungen, die wichtige soziale und karitative Aufgaben wahrnehmen. Wir sollten diese Bewegungen nicht immer, nicht pauschal und nicht in jedem Falle vorschnell als fundamentalistisch oder gar als terroristisch brandmarken. Wir müssen genauer hinschauen und unser Urteil differenziert fällen. Aber umgekehrt dürfen wir Christen erwarten, dass der christliche Westen im 21. Jahrhundert nirgendwo mehr in islamischen Ländern als eine Welt der Kreuzfahrer gebrandmarkt wird. Wir wollen den Dialog der Kulturen und wir wollen Partnerschaft. Im Zeitalter der Globalisierung ist die Frage nach dem, was unsere Gesellschaften jenseits des Wirtschaftlichen zusammenhält, für Menschen aller religiösen Glaubensüberzeugungen von größter Wichtigkeit. Ohne einen Wertekompass wird jede Gesellschaft Schwierigkeiten haben mit der Globalisierung – oder besser gesagt: mit sich selbst. Das gute nachbarschaftliche Zusammenleben von Muslimen, Christen und Juden ist deshalb eine große Aufgabe in unserer heutigen Zeit.

V.

Heute ist der Dialog der Kulturen zu einem elementaren Baustein der weltweiten Friedensordnung geworden. Globalisierung bringt alle Menschen dieser einen Welt näher zueinander als jeder frühere technische Fortschritt. Aber so reiben sich auch Widersprüche schneller aneinander und so können Gegensätze rascher als früher eskalieren. Wir haben erlebt, wie mit dem internationalen Terrorismus eine neue Form der Gewalt in die Weltpolitik eingezogen ist. Auch wenn Terroristen sich im Namen des Islam in die Luft sprengen und viele unschuldige Opfer mit in den Tod reißen: Sie missbrauchen eine große Weltreligion, die im Kern eine friedliche Religion ist. Als Christen verwahren wir uns zu Recht gegen

jede Unterstellung, wegen der Kreuzzüge oder wegen der Kriege zwischen christlichen Nationen oder wegen der Bürgerkriege in christlichen Ländern sei das Christentum eine Religion der Gewalt. Den gleichen Respekt sollten wir dem islamischen Glauben entgegenbringen.

Wir verurteilen jede Form des Terrorismus, aber wir verurteilen ebenso jeden Kampf der Kulturen. Es darf einen solchen Kampf nicht geben, wenn wir eine friedliche Welt wollen. Europa steht in besonderer Weise in der Pflicht, den Dialog mit den arabischen Nachbarn auf der südlichen Seite des Mittelmeeres und mit der islamischen Welt insgesamt zu führen. Unvergesslich für uns ist die Begegnung von Papst Benedikt XVI. mit König Abdullah von Saudi-Arabien: Dies war ein Akt von allergrößter Symbolkraft – für beide Seiten. Wir müssen auf allen Ebenen den offenen und freimütigen Dialog mit der arabischen und islamischen Welt fördern. Es gibt dazu keine Alternative, auch wenn es viele kritische Punkte in diesem Dialog gibt.

Wie unterschiedlich die Bereitschaft für ein friedliches Nebeneinander der Religionen ist, habe ich auf einer Reise kurz vor Weihnachten 2008 selbst erleben dürfen. Ich besuchte vier arabische Länder: Oman, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain und Saudi-Arabien, vom ersten und vom letzten Land möchte ich Ihnen berichten. Als wir in Oman ankamen, nahmen wir in Maskat an einer katholischen Messe teil. Die Christen sind überwiegend Arbeiter aus Bangladesch, Indien oder den Philippinen. Wir waren überrascht zu hören, dass sie auch den Sultan in ihre Gebete einschlossen. Als wir anschließend nach den Gründen dafür fragten, sagte man uns, dass sie dankbar seien, dass der Sultan sie ihre Religion ausleben ließe. Er habe ihnen sogar geholfen, als ein Sturm die Kirchengebäude beschädigte und sie dringend Geld für die Reparatur benötigten. Als ich am nächsten Tag beim Sultan war, erzählte ich ihm von meinem Erlebnis und er freute sich sichtlich darüber. Er erinnerte sich an die Unterstützung, die er gewährte und kannte sogar einige Namen von Verantwortlichen der Kirchengemeinde.

Das war im Oman. In Saudi-Arabien leben ebenfalls hunderttausende Christen, überwiegend aus Mittel- und Ostasien. Es gibt dort aber keinen einzigen Ort, an dem Gottesdienste gefeiert werden dürfen, geschweige denn auch nur eine einzige Kirche. Muslime, die zum Christentum übertreten möchten, riskieren die Todesstrafe. Bei meinem Gespräch wies ich auf diese Missstände hin. Die islamische Welt dürfe zu Recht erwarten, in

Europa Moscheen bauen zu können, in denen die Muslime ihrem Glauben nachgehen können. Genauso selbstverständlich müsse es aber auch für Christen sein, ihren Glauben in islamischen Ländern auszuleben und dort Kirchen zu errichten.

Der Dialog der Kulturen kann nur funktionieren, wenn wir verstehen, dass Toleranz keine Einbahnstraße ist, sondern immer eine „Zweibahnstraße“. Es ist wichtig und Teil des aufrichtigen Dialogs, dass wir unseren islamischen Nachbarn dies auch sagen. In besonderer Weise müssen wir unsere Stimme für die Lage der Christen in der arabischen Welt erheben, vor allem im Irak, im Libanon und im Sudan. Sie benötigen unsere Solidarität in besonderer Weise, ja sie benötigen unseren Schutz. Ich war vor kurzem im Sudan und habe das Gespräch und das Gebet mit den dortigen Christen gesucht. Aber auch im Gespräch mit muslimischen Persönlichkeiten habe ich die Religionsfreiheit als Schlüssel zu einer guten Zukunft des flächenmäßig größten Landes von Afrika angesprochen. Wir müssen auch immer wieder auf die gleichberechtigte Religionsfreiheit für Christen in unserem Partnerland Türkei zu sprechen kommen. Einen guten gemeinsamen Weg zwischen der Europäischen Union und der Türkei kann es nur geben, wenn es in der Türkei selbstverständlich sein wird, einen christlichen Gottesdienst zu feiern oder Priester der griechisch-orthodoxen Kirche auszubilden. Dies muss in der Türkei ebenso selbstverständlich werden wie es bei uns selbstverständlich ist, dass türkische Muslime ihre Religion in einer der vielen Moscheen ausüben können, die es heute zu Recht überall in Europa gibt.

Der Dialog der Kulturen ist nicht bloß eine schöne rhetorische Aktion. Er ist ein Dauerprojekt, bei dem wir auch vor Schwierigkeiten und Spannungen nicht zurückschrecken dürfen. Es wäre auch gänzlich falsch, den Dialog der Kulturen immer nur als eine Initiative zu verstehen, bei der wir für unsere Werte werben müssten und im Partner Veränderungen hervorrufen wollen. Wir selber werden oft durch den Dialog mit Menschen einer anderen Kultur, einer anderen Religion, einer anderen Lebensweise bereichert und beschenkt. Ich erfahre es immer wieder in der Begegnung mit Muslimen, Juden und Menschen anderer Religionen und Kulturkreise. Das Entscheidende für einen gelingenden Dialog unter Angehörigen unterschiedlicher Religionen und Kulturen ist der Respekt voreinander und die Ehrlichkeit im Umgang miteinander. Wo dies gegeben ist, gelingt der Dialog, davon bin ich zutiefst und durch viele eigene Erfahrungen überzeugt. Damit werden wir Verbündete des Friedens, den die Europäische Union weltweit als ihre wichtigste Aufgabe sieht.

VI.

Für uns Europäer ist der Kompass für den Dialog der Kulturen eindeutig geeicht: Wir treten unzweifelhaft für Menschenrechte in aller Welt ein. Menschenrechte sind unteilbar und sie sind die Grundlage für unsere internationale Zusammenarbeit als Europäer in der Europäischen Union.

Wer Menschenrechte verletzt, kann sich auf kein anderes noch so gutes und großes Ziel berufen. Menschenrechtsverletzungen müssen geächtet werden, denn sie sind ein Skandal unserer Zeit. Wir sind im Europäischen Parlament über alle Parteigrenzen hinweg darin einig, dass der universelle Einsatz für die Menschenrechte die Glaubwürdigkeit der europäischen Politik in zentraler Weise betrifft. Wir würden unsere eigenen Ideale preisgeben, unsere Lehren aus der eigenen Geschichte vergessen und zu schäbigen Opportunisten der Weltpolitik werden, wenn uns die Verletzung der Menschenrechte irgendwo auf der Welt unberührt ließe.

Dies ist nicht nur ein moralisches Gebot. Wir wissen, dass ohne Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit kein wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt und keine humane Entwicklung möglich sind. Dies gilt für alle Länder der Erde, vor allem aber für die ärmsten unter ihnen.

VII.

Gerne möchte ich zum Schluss meiner Überlegungen auf einen politischen Wert zu sprechen kommen, der – so meine ich – stärker denn je ins Zentrum unseres politischen Denkens rücken sollte, wenn wir nach christlichen Werten in der Politik fragen: der Wert der Solidarität. Von dem Leitspruch der Französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ haben es in zweihundert Jahren vor allem Freiheit und Gleichheit weit gebracht. Vernachlässigt wurde bei allem Streit um das Verhältnis von Freiheit und Gleichheit aber immer wieder die dritte Idee, die auf den Fahnen der Französischen Revolution stand: die Brüderlichkeit. Politisch sprechen wir heute von Solidarität. Theologisch sprachen wir schon immer von Nächstenliebe. In diesem Wort – Nächstenliebe, Solidarität, Brüderlichkeit – liegt aus meiner Sicht der Schlüssel zu einem wahrhaftigen und unserer Zeit der Globalisierung angemessenen Verständnis für die Verantwortung des Christen in der Welt.

Wenn wir Freiheit bewahren und Gerechtigkeit mehren wollen, so müssen wir den Wert der Brüderlichkeit, der Solidarität in die Mitte unseres politischen Denkens führen. In der Europäischen Union haben wir im Geist der Solidarität ein einzigartiges politisches Wunder vollbracht, das am Ende des Zweiten Weltkrieges kaum jemand für möglich gehalten hätte. Mit der Wiedervereinigung Europas nach dem Ende des Kalten Krieges haben wir uns in dem Prinzip der Solidarität zwischen den Staaten und den Völkern der alten und der neuen Europäischen Union bewährt. Aber dennoch hat seither die Kraft der Solidarität im Innern Europas eher wieder nachgelassen. Und seien wir ehrlich: In unserem Verhältnis zu den anderen Völkern der Erde, vor allem der ärmsten unter ihnen, steckt die Idee der Solidarität bestenfalls in den Kinderschuhen.

Hier muss die Politik ansetzen: Wir brauchen heute mehr denn je einen europäischen Geist der Solidarität. Und wir benötigen mehr denn je einen europäischen Geist der Solidarität mit allen anderen Völkern und Kulturen dieser einen Welt. Dieses sind die beiden wichtigsten sozialetischen Aufgaben, vor denen die Europäische Union steht.

Der Vertrag von Lissabon unterscheidet sich in einem wichtigen Punkt vom ursprünglichen „Entwurf für einen Verfassungsvertrag“: der Verpflichtung zur Energiesolidarität. Polen hat es bereits zu spüren bekommen, was es heißt von Gaslieferungen aus Russland abhängig zu sein. Auch wenn der Streit die Durchleitung durch die Ukraine oder Weißrussland betraf, im Ernstfall wären die Menschen in Polen die Leidtragenden.

Es geht aber nicht bloß um Energie – oder finanzielle Unterstützung, wie wir sie bei der Rettungsaktion für Griechenland und für die Sicherung eines stabilen Euro so handfest erlebt haben. Um materielle Gesichtspunkte geht es natürlich auch bei allem Bemühen um den sozialpolitischen Ausgleich in Europa und bei den Aufgaben der weltweiten Entwicklungszusammenarbeit. Aber im Kern geht es bei allen großen Fragen des menschlichen Miteinander um eine geistige Einstellung, die vielfach wohl eine geistige Erneuerung erforderlich macht: Wir sollten auch mit den Mitteln der Politik dafür werben, im Sinne des Solidaritätsgedankens an die großen Aufgaben heranzugehen, die vor uns liegen.

„Entwicklung ist der neue Name für Friede“, so hat es Papst Paul VI. 1967 in seiner Enzyklika *Populorum progressio* formuliert. Heute, so meine ich, müssen wir einen Schritt weitergehen und sagen: „Solidarität ist der

neue Name für Frieden.“ Indem wir dies so formulieren, bringen wir Freiheit und Gleichheit wieder in das ihnen angemessene Verhältnis zur Solidarität. Damit findet unter den Bedingungen der heutigen Welt das Streben nach Gerechtigkeit seine tiefste ethische Wurzel, die Wurzel der Brüderlichkeit und, christlich gesprochen, der Nächstenliebe.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Aufgabe der globalen Solidarität nicht nur ein materielles Anliegen ist. Gerechtigkeit und Frieden, Ausgleich und Anerkennung wird es zwischen den Völkern und Staaten dieser Welt nur geben, wenn wir auch im Dialog über unseren Glauben und die Grundlagen unserer Kultur solidarisch, brüderlich verfahren. Vor einem Jahr hat der ungarische Kardinal Erdő im Rahmen des „Domforum Regensburg“ davon gesprochen, dass Europa dann am besten ein Ganzes bildet, wenn wir – wie er sagte – einen „Austausch der Gaben“ vornehmen, die uns allen auf je unterschiedliche Weise zu eigen sind. In die Politik übersetzt heißt für mich dieser theologische Gedanke: Wo immer es uns gelingt, unsere kulturellen und religiösen Wurzeln zum Vorschein zu bringen, werden wir auch in der säkularisierten Umwelt des heutigen Europa in christlicher Verantwortung gute Politik machen können. Wir müssen den Gedanken der Solidarität zu einem politischen Projekt schmieden, das einlädt zum Dialog über alle Mauern hinweg, die unsere Welt heute trennen. Ich bin zutiefst überzeugt: Nur Solidarität kann den Weg weisen zu mehr Freiheit und zu mehr Gerechtigkeit für immer mehr Menschen auf dieser Welt. Politik, die aus christlichem Verständnis des Menschen handelt, sollte in dieser Aufgabe nie in ihrem Ehrgeiz nachlassen. So kann unser alter europäischer Kontinent zu einer jungen, neuen Hoffnung für die Welt werden.

DER REDNER

Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, geboren am 15. September 1945 in Bersenbrück.

Abitur (1966); anschließend zweijähriger Wehrdienst, Reserveoffizier; Studium der Rechtswissenschaften, Politik und Geschichte an den Universitäten Bonn und Genf, sowie an dem dortigen Institut des Hautes Études Internationales (1968-1973); Studienaufenthalt an der Columbia University in New York (1971); Promotion (1974); Zweites juristisches Staatsexamen (1976); wissenschaftlicher Angestellter (1976-1979); Berufung zum Lehrbeauftragten der Universität Osnabrück (1989); Berufung zum Honorarprofessor (1995).

Europapolitischer Sprecher der Jungen Union Niedersachsen (1976-1980); Landesvorsitzender der Europa-Union Niedersachsen (1981-1991); Kreisvorsitzender der CDU im Landkreis Osnabrück (1990-2010; seit Oktober 2010 Ehrenvorsitzender); Präsident der Europa-Union Deutschland (1997-1999); Mitglied im Präsidium und Bundesvorstand der CDU Deutschlands (1999-2009; seitdem kooptiert in den Bundesvorstand); Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung (seit 1. Januar 2010).

Mitglied des Europäischen Parlaments, als einziger Abgeordneter ununterbrochen seit der ersten Direktwahl 1979; stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament (1994-1999); Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten (EVP-ED) im Europäischen Parlament (1999-2007); Mitglied im Präsidium der Europäischen Volkspartei (EVP) (1999-2009); Präsident des Europäischen Parlaments (2007-2009).

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Nino Galetti
Leiter des Vorstandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin
Tel.: +49(0)-30-2 69 96-32 19
E-Mail: nino.galetti@kas.de*